

# Sohrauer Stadtblatt

Publikations-Organ für Zory (Sohrau Poln.-OS.) und Umgegend.

Erscheint

wöchentlich einmal: Sonnabend.

Bezugspreis: Monatlich frei ins Haus und bei allen Postämtern 50 Gr.

Druck und Verlag:

P. Hunold's Stadtbuchdruckerei, Sohrau OS.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Hunold.

Anzeigen-Preis:

Die einseitige Millimeterzeile 10 Gr.  
Zusatz: Ausnahme bis spätestens Freitag  
12 Uhr vormittags.

Nr. 34

Febrspr. Nr. 19

Sonnabend, den 21. August 1926

Gegründet 1879

48. Jahrgang.

## Rundschau. Polen.

Die Seite der sowjetrussischen Presse.

Die sowjetrussische Presse fährt fort, sich über die angeblichen polnischen Kriegsvorbereitungen gegenüber Litauen aufzuhalten. Sie verblüdet damit weiter die Beschäftigung mit der baltischen Frage und mit dem angeblichen Streben Polens, ein Bündnis der baltischen Staaten unter Vormundschaft Polens zustande zu bringen. Neuerdings greift wieder das amtliche sowjetrussische Organ, die „Sowjetka“, diese Sache auf und behauptet, Polen dränge nach wie vor zu einem Krieg mit Litauen und setze die Truppenzusammenziehungen an der litauischen Grenze fort. Nach den Meldungen gewisser polnischer Blätter und mit Rücksicht auf die Tagung des Völkerbundes sei lediglich das Tempo dieser Vorbereitungen verlangsamt worden. Das bolschewistische Regierungsorgan steht durch diese Maßnahmen den Frieden in Osteuropa ernstlich bedroht an und stellt fest, daß Sowjetrußland sich mit einer Bevormundung der Völkerstaaten durch Polen nicht einverstanden erklären könne.

Man kann mit gutem Gewissen sagen, daß diese und ähnliche, nicht mehr neue Ausführungen sowjetrussischer Blätter Phantasien darstellen, soweit sie sich mit den angeblichen polnischen Kriegsvorbereitungen befassen.

Der polnische Außenminister Jaleski hat jetzt Veranlassung genommen, in einer Unterredung mit dem sowjetrussischen Gesandten in Warschau, Herrn Wexlow, sich über die Seite der russischen Presse auszulassen. Er bezeichnete sie nachdrücklich als vollkommen ungerechtfertigt und erklärte, die angebliche Zusammenziehung von Truppen an der polnisch-litauischen Grenze sei lediglich durch die dort abgehaltenen Manöver bedingt. Dann erklärte der Minister, eine Besserung der polnisch-russischen Beziehungen müsse herbeigeführt werden und er hoffe, daß dazu der angekündigte Besuch des sowjetrussischen Außenministers Tschitscherin in Warschau beitragen könne.

Keine Amnestie?

Warschau, 16. August. Der Staatspräsident hat in letzter Zeit auf Antrag des Staatsanwalts eine Anzahl junger Leute, die wegen politischer Vergehen zu Gefängnisstrafen verurteilt waren, begnadigt. Es handelt sich hierbei um Personen, die noch nicht das 17. Lebensjahr überschritten hatten. Daß eine allgemeine Amnestie für politische Verbrecher erlassen werden soll, wird halbamtlich in Umlauf gebracht.

Finanzminister Klarner in Krakau.

Warschau, 18. August. Gestern hielt sich Finanzminister Klarner in Krakau auf und hatte mit den Vertretern der Handels- und Industriekreise eine Unterredung. Im Namen der Handels- und Gewerbekammer begrüßte der Vorsitzende Epstein den Finanzminister und stellte die Wünsche der Kaufmannschaft, der Gewerbetreibenden und der Industrie vor. In einer längeren Ansprache wies er auf die Besserung der Wirtschaftslage und die Abnahme der Arbeitslosigkeit hin und führte dies auf die jetzige gute Konjunktur zurück. Man müsse jedoch auch Vorbereitungen für die Zukunft treffen, und da sei es notwendig, daß der Staat alsbald Handelsverträge mit den Nachbarstaaten abschließen. Handel und Industrie forderten die Aufhebung der Postschwierigkeiten, Modernisierung des Zolltariffes und eine Verringerung in der bisherigen Kreditpolitik. Die Wirtschaftskreise seien zwar mit den Staatsmouopolyen nicht einverstanden gewesen, hätten sich jedoch jetzt heringefunden und wünschten,

daß diese Mouopolye, die über die Hälfte des Staatsbudgets decken könnten, laufmännlich geführt werden. Was die Steuerpolitik anlangt, so verlangte er den Übergang von der Patentsteuer zur Erwerbsteuer und Modernisierung der Umsatzsteuer. Einen Ruck für die Kaufmannschaft und die Gewerbetreibenden bedeute die Höhe der Prozente bei Steuerrückständen.

Finanzminister Klarner erklärte, daß es die Pflicht der Zentralbehörden sei, die Bedingungen für die Entwicklung des Wirtschaftens zu schaffen. Diese sind die Balancierung des Budgets, ferner die Stabilisierung des Zloty. Die Regierung könne noch nicht sagen, ob der Kurs des Zloty sich weiter heben oder auf dem gegenwärtigen Stande bleiben wird. Die Regierung prüfe erst, ob eine weitere Erhöhung des Zloty erwünscht ist. Eines könne man jedoch schon jetzt sagen, daß von einem Fallen des Zloty nicht die Rede sein kann. Der Minister kam darauf auf die Veränderung des Statuts der Bank Poloki zu sprechen. Was die Wirtschaftspolitik der Regierung anlangt, so müsse sie den Export fördern und die Produktion Polens heben. Denn die Politik der Schutzzölle sei nicht gesund. Vor allem müsse man sein Augenmerk auf die Landwirtschaft lenken. Er ver sprach ferner, daß die Strafen für Steuerrückstände herabgesetzt werden, appellierte jedoch an die Bevölkerung, daß sie ihre Steuern pünktlich zahle. Ab 1. September sollen neue Erleichterungen eintreten, die jedoch nicht viel vorteilhafter sein könnten als die bisherigen. Der polnische Staat müsse nun an Investitionen denken, hauptsächlich müßten Straßen ausgebaut werden. Was jedoch die Wäse anlangt, so könne er keine weitgehenden Verpflichtungen machen. Soweit es sich um Wäse für wirtschaftliche und kulturelle Zwecke handle, werden Erleichterungen geschaffen werden.

Ein neuer französisch-polnischer Vertrag.

Paris, 16. August. Ein neuer Freundschafts- und Schiedsgerichtsvertrag soll, wie die „Volonté“ meldet, zwischen Frankreich und Polen abgeschlossen werden. Es sind nach Angaben des Blattes, bereits offiziöse Verhandlungen zwischen Paris und Warschau im Gange, um einen ähnlichen Vertrag, wie er kürzlich zwischen Frankreich und Rumänien geschlossen wurde, auszuarbeiten. Dieser neue Vertrag soll den seit mehreren Jahren bestehenden französisch-polnischen Vertrag und die Abkommen von Locarno ergänzen.

Erst Ende September!

Warschau, 14. August. Die polnisch-deutschen Handelsvertragsverhandlungen wurden am 12. August unterbrochen und die Wiederaufnahme bis zum 28. September verschoben.

Deutschland.

Der deutsch-polnische Wirtschaftsvertrag.

Berlin, 17. August. Zu den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen werden folgende Einzelheiten bekannt: Die Verhandlungen betreffen einmal die eigentlichen wirtschaftlichen Verhandlungen, besonders die Frage der Zolltarife, dann die Niederlassungsverhandlungen. Während in dem ersten Verhandlungskomplex bereits seit einundhalb Jahren verhandelt wird, sind die Niederlassungsfragen erst vor einem Monat angeschnitten worden. Was die Zolltarifverhandlungen angeht, so hat Polen jetzt das Zusage gemacht, daß es bestimmte Bindungen auf feste Zollsätze eingehen wolle. Weiter hatte Polen immer nur prozentuale Abschlüsse vor seinen sehr hohen Zöllen zugelassen. In den einzelnen Zollpositionen

konnte aber auch jetzt so gut wie gar nichts erreicht werden. In bestimmten Warenkategorien, die für die deutsche Ausfuhr wichtig sind, wie Leder, Schuhwaren, Farben, will Polen in keine Herabsetzung der Zölle einwilligen. Polen besteht weiter auf dem Fortbestand einer großen Anzahl von Einfuhrverboten. Von deutscher Seite bestehen Einfuhrverbote nur in geringem Umfang, besonders das Einfuhrverbot von Rohlen. Dagegen hat die deutsche Delegation trotz der damit verbundenen Erschwerung für die eigene Kohlenwirtschaft zugestanden, ein bestimmtes Kohlenkontingent von Polen zu übernehmen. Polen hat jedoch eine deutsche Verpflichtung auf ein stabiles Kohlenkontingent grundsätzlich abgelehnt. Auf der anderen Seite hat Polen hinsichtlich der Herabsetzung der deutschen Schutzzölle sehr große Ansprüche gestellt. Es ist zu hoffen, daß in der bis zum September währenden Verhandlungspause Polen zu einem weiteren Nachgeben kommt. In den Niederlassungsverhandlungen will Polen nur für gewisse Kategorien ein Niederlassungsrecht einräumen. Von deutscher Seite wurden jedoch bindende Abmachungen über Einzelreis, wirtschaftliche Behandlung der einreisenden Deutschen usw. gefordert. Die deutschen Forderungen gehen nicht über das Ablehnen der Handelsvertragsverhandlungen hinaus. Ferner erwartet Deutschland die Forderung von Garantien für den Verbleib und die Behandlung der noch in Polen befindlichen Reichsbanknoten.

Rückgabe Cuxen-Malmedys?

Paris, 16. August. Der Brüsseler Korrespondent des „Paris Soir“ berichtet seinem Blatt über die Stimmung der Bevölkerung Cuxens und Malmedys hinsichtlich einer etwaigen Rückgabe dieser Gebiete an Deutschland. Er stellt fest, daß die drei großen Mächte der Versäfler Friedenskonferenz über die Rückgabe der Bevölkerung hinaus die Angliederung der Kantone Cuxen, Malmedy und Bliz durchgesetzt hätten. Die Zustimmung der Bevölkerung habe in der Hauptsache gefehlt; denn von der richtigen Volksbefragung sei keine Rede gewesen. Man habe wohl, bemerkt der Korrespondent, Eifen angelegt, in denen sich die Gegner der Angliederung einschreiben konnten. Deseigenen, die unterzeichneten, wurden jedoch ausgewiesen. Unter diesen Umständen sei es begreiflich, daß die Opposition nicht groß war. Der Korrespondent berichtet weiter, daß man in Brüssel bestimmte Nachrichten verbreitet, nach denen neue Verhandlungen mit Deutschland im Hinblick auf eine Rückabtattung der drei Gebiete angebahnt werden. Für Minister des Kabinetts Jaspars seien einer Vereinbarung nicht abgeneigt, wonach Deutschland sieben Milliarden der in Belgien liegenden Papiermark einlösen würde, dafür aber in den Besitz der drei angetasteten Gebiete gelangen könnte. Die öffentliche Meinung in Belgien ist nach dem Bericht des Korrespondenten einem solchen Abkommen durchaus günstig gesinnt, denn die Zahlung Deutschlands würde dem belgischen Schatzamt aus großer Verlegenheit helfen und die Amortisation der inneren und äußeren Schulden ermöglichen. Da bekanntlich Deutschland auf Grund des Dawesplans jede Zahlung an die Alliierten durch die Vermittlung des Generalagenten zu leisten hat, ist in Brüssel angeregt worden, die Zahlung könnte durch große Finanzinstitute geschehen, die dann ihrerseits den gezahlten Betrag mit der deutschen Regierung verrechnen würden. Der Korrespondent wies darauf hin, daß sich aus der Frage der Rückabtattung internationaler Komplikationen ergeben müßten, weil nicht nur eine Revision des Versäfler Vertrages, sondern auch eine Abänderung der

Locarnoverträge herbeigeführt werden müßten. Das Hindernis ist nicht unüberwindlich, aber es ist klar, daß keine der Mächte, die an diesem Vertrag beteiligt sind, ändern wird, Revision anzubahnen, die Deutschland seine Verlegenheiten bereiten können.

London, 16. August. Aus Brüssel berichtet der Korrespondent des „Daily Telegraph“, daß die belgische Presse über die Möglichkeit der Abtretung von Cuxen und Malmedy bereits diskutiere. Der Bürgermeister von Cuxen an der deutschen Grenze erklärte in einem Interwiew, daß die Einwohner von Cuxen aus wirtschaftlichen Gründen für Deutschland stimmen würden.

#### Gegen die Rückgabe.

Brüssel, 17. August. Die „Nation Belge“ bringt ein Interview mit dem ehemaligen Militärattaché von Cuxen-Malmedy, General Baltha, der sich energisch gegen eine Rückgabe dieser Bezirke an Deutschland wendet. Baltha erklärte, eine Rückgabe Cuxen-Malmedy würde eine vollkommene Verleumdung der vertraglichen Rechtsverhältnisse sein. Cuxen-Malmedy dürfe kein Verkaufsobjekt werden.

Paris, 16. August. Verschiedene Andeutungen der Morgenblätter lassen vermuten, daß die französische Regierung gegen eine Abtretung Belgiens Protest eingelegt habe, Cuxen und Malmedy an Deutschland zurückzugeben.

Brüssel, 19. August. Die belgische Regierung demontiert die Meldung, wonach Frankreich offiziell gegen eine Rückgabe von Cuxen und Malmedy an Deutschland Protest eingelegt haben soll.

London, 18. August. Zu der Frage einer möglichen Rückgabe Cuxen-Malmedy an Deutschland gegen finanzielle Gegenleistung berichtet der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“, daß sich in diplomatischen Kreisen beträchtliches Interesse zu regen beginnt. Dieser sei die Angelegenheit nur inoffiziell durch Schacht und Deloroy behandelt worden. Holländische Bankiers hätten sich für ein solches Geschäft ausgesprochen, das in der Wallstreet und in der City in London nicht ohne Anhang wäre. Die starken Einwände Frankreichs seien offenbar aus der Befürchtung heraus entstanden, die französisch-belgische Solidarität gegenüber Deutschland könne durch eine so angelegene Verbindung zwischen Brüssel und Berlin geschwächt werden. Außerdem frage man sich, wie Deutschland, das jetzt bereits behauptet, daß die Birde der Dawesplanen so schwer sei, den Betrag für die Besatzungsmacht in der für die Stabilisierung des Franken notwendigen Höhe anbringen wolle. Weiter sage man, daß wenn eine solche Summe in Deutschland verfügbar sei, sie unter die Allokation auf der Basis des Londoner Vertrages verteilt und nicht auf das Konto einer einzigen Macht transferiert werden dürfe. Dies sei ein weiterer Grund, weshalb es sich um eine Frage handelt, die die Alliierten angehe. Unter solchen Umständen müsse sich die belgische Regierung sehr vorsichtig verhalten.

#### Aus aller Welt.

##### Vertagung der Ratsfrage.

Paris, 18. August. „Journal“ und „Gerald“ bringen die noch nicht bestätigte Genfer Information von einer möglichen Vertagung der Bälterbündungsverammlung, soweit sie die Ratsfrage zu erledigen hat. „Journal“ zufolge drohen drei Staaten ihren Austritt an, wenn die bisherige Ratsurteilung bestehen bleibt und damit das Vorrecht der räumlichen Eige, und zwar Spanien, Polen und Rumänien.

Eine Neutermeldung aus Genf teilt mit, daß die räumlichen Ratsfrage in keinem Falle über den deutschen hinaus vermehrt werden.

Warschau, 19. August. Die polnische Delegation für die Bälterbündungsverammlung, die am 6. September eröffnet werden soll, setzt sich wie folgt zusammen: Außenminister Jaleski, der Generalkommissar in Danzig Stroßburger, der Bevollmächtigte Minister Sokol, der der räumliche Vertreter Polens beim Bälterbündnis ist. Vertreter der Delegierten sind: Der polnische Gesandte in Bern Modzeleski, ferner der Direktor des polnisch-wirtschaftlichen Departements im Außenministerium Jaczowski, Professor Kosciuszowski, Rektor der Krakauer Universität. Außerdem sollen noch Vertreter aus parlamentarischen Kreisen an den Verhandlungen teilnehmen.

Die englischen Bergarbeiter verhandlungsbereit.

London, 17. August. Die Konferenz der Bergarbeiterdelegierten hat die Mitglieder des Vollzugsrates ermächtigt, sich um die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit den Arbeitgebern und der Regierung zu bemühen. Die Konferenz hat weiterhin den Beschluß gefaßt,

daß alle Verhandlungen über eine Beilegung des Konflikts auf der Basis einer Regelung für gesamt England und nicht auf der Basis beschränkter Vereinbarungen geführt werden sollen.

Zwischen Vertretern der englischen Bergarbeiter und der Grubenbesitzer findet bereits im Laufe des Donnerstag eine Besprechung zur Beilegung des Kohlenkonflikts statt. In Regierungskreisen ist man sehr optimistisch.

Berlin, 14. August. Wie die Morgenblätter aus London berichten, äußerte der Sekretär des Bergarbeiter-Verbandes Cook in einer Unterredung mit einem Pressevertreter: Der allgemeine Ruf der Bergarbeiter und ihrer Frauen ist: „Wir haben genug gelitten und wir werden nicht dulden, daß wir noch mehr leiden müssen!“ Cook sagte weiter, er glaube, die Bevölkerung Englands erkenne die Notwendigkeit einer weiteren Fortsetzung des Kampfes und eines Beharrens bei dem Bestreben, die Bergarbeiter zur Ausdehnung der Arbeitszeit bei Herabsetzung der Löhne zu zwingen zu wollen. Er glaube auch, daß die Bevölkerung des Berglandes der Bergarbeiter in vom Geiste der Aufrechterhaltung der Verhandlungen unterliegen werde.

London, 13. August. In englischen Gewerkschaftskreisen herrscht über den bevorstehenden Zusammenbruch des Bergarbeiterstreiks die größte Besorgnis. Im September besuchten die englischen Gewerkschaftler einen großen Kongress auf ihrer Saar-Tagung. Wie im Jahre 1921, nach dem ersten Bergarbeiterstreik, wird jetzt eine scharfe Ausbreitungsbewegung aus den Gewerkschaften erwartet.

#### Der Marokkokrieg geht weiter.

Genf, 17. August. Das Pariser „Journal“ meldet aus Madrid: Primo de Rivera legte den ausländischen Korrespondenten seine politischen Pläne für die nächste Zeit dar. Der Krieg in Marokko werde noch mindestens ein Jahr dauern. Im Völkerbund verlange Spanien die Anerkennung seiner Großmachtsstellung durch Zuteilung eines räumlichen Ratsplatzes.

Abd el Krimis Reise in die Verbannung.

Paris, 16. August. Wie die Zeitungen aus Marokko melden, wird der Abtransport Abd el Krimis innerhalb der kommenden vierzehn Tage stattfinden. Der Führer des Riffs soll direkt nach dem ihm zugewiesenen Verbannungsort gebracht werden. Es scheint jedoch immer noch nicht festzuhaben, ob er nach Mogastar oder nach Kenanun deportiert wird.

## Kotales.

Sobran, den 20. August 1926.

§ (Katholische Pfarrgemeinde.) Der Kirchenvorstand, dem bisher 6 Mitglieder angehörten, ist um 3 Sitze erweitert worden und zwar jedenfalls auf Vorschlag und in Folge der Berggrößerung der Parodie durch die Eingemeindung von Folwark, Rogozna, Wpogoda und Nowa Wieś. Diese Erweiterung des Kirchenvorstandes hat die bischöfliche Kurie in Rattowitz bereits bestätigt. Der kommissarische Kirchenvorstand (der alle Kirchenvorstände und die Kirchengemeinde-Vertretung sind bekanntlich vor längerer Zeit aufgelöst worden) setzt sich nunmehr aus nachstehenden Herren zusammen: Wlaxer Wojciech als Vorsitzender, Dr. Paul Reutirch, Johann Kuch, Franz Lipp, Mikolaj Hill, Franz Tomalla, Josef Rasprokitt, Josef Wyrobek, sämtlich aus Sobran und August Schromel aus Folwark (Worbrlegen.) Die 8 letztgenannten Mitglieder sind neu hinzugekommen. Dieser Kirchenvorstand ist nur provisorisch, da nach den Stadtverordnetenwahlen auch die Kirchengemeindevahlen stattfinden dürften.

§ (Ueberland-Zentrale.) Die Verhandlungen unserer Stadtverwaltung mit der Gemeinde betr. Anschluß an die Ueberland-Zentrale werden fortgesetzt. Die Stadt kalkuliert, um wie am billigsten dabei fortzukommen. Gegenwärtig werden Offerten für einen Umformer eingeholt, der dazu notwendig ist, um die Volt-Spannung unseres Rädt. Elektrizitätswerkes mit derjenigen der Ueberland-Zentrale in Einklang zu bringen. Ebenso wird auch das Verteilungsnetz zu erneuern sein. Jedoch dürfte in diesem Jahre der Anschluß an die Ueberland-Zentrale nicht mehr erfolgen, hoffentlich aber im nächsten. — Wenn auch in den letzten Jahren das Rädt. Elektrizitätswerk unter bewährter Leitung tadellos funktioniert und sogar im Gegenzug zu früher einen ansehnlichen Gewinn erbracht hat, so ist doch der Nachteil, daß am Tage (wegen Fehlens einer Akkumulatoren-Batterie) kein Strom abgegeben wird, für die Konsumenten ein großer. Besonders an düsteren und regnerischen Tagen stellt

das elektrische Licht, sobald mittunter der Dunkelheit wegen längere Zeit nicht gearbeitet werden kann. Am meisten empfinden aber den Strommangel am Tage diejenigen Handwerker pp., welche mit Motoren arbeiten. Diese sind gezwungen, ihre Arbeiten am Abend zu verrichten (außer Montag und Freitag, wo bekanntlich entgegenkommender Weise bereits von nachmittags ab elektrische Energie abgegeben wird.) Dies alles wird sich erst dann ändern, wenn unsere Stadt gleich anderen Ortschaften in vorzuziehender Weise an die Ueberland-Zentrale angeschlossen sein wird. Dann wird im Sommer sowohl wie im Winter und zwar tags und nachts elektrisches Licht eingeliefert werden können.

§ (Der Radfahrerverein) Towarzystwo Cyklistow Zory hielt am Sonnabend den 14. August im Hotel „Zur Voh“ die jährliche Monatsversammlung ab, zu der 35 Mitglieder erschienen waren. H. a. wurde beschlossen, am Sonntag den 5. September früh 7 Uhr auf der 50 km. Strecke Borin—Timmendorf—Mikanna—Jastrzemb—Bawlowitz—Zory die Vereinsmeisterschaft anzufahren. Abends 8 Uhr findet im Rädt. Bereinshause ein Tanzvergügen mit Saalport statt.

§ (Eine Delegiertentagung) des Gewerkschaftsverbandes der Wojwodschast Schlesien findet hierorts am 8. September in Groß Saal statt. Die Tagesordnung enthält wichtige den Verband und seine Interessen betreffende Punkte.

§ (Eine „politische Aktion“) macht ein sich „Swoboda“ unterzeichnender Korrespondent des „Katholik Volks“ daraus, indem derselbe in einem ellenlangen Artikel eine Prügelei zwischen zwei 14-jähr. Knaben wegen eines Fahrradstahls hier in Sobran mit der U.berlänst verurteilt: „Ueberfall der Deutschen auf einen polnischen Knaben.“ Ein Kommentar hierzu ist wohl überflüssig.

#### § (Agitation gegen die Autonomie.)

In letzter Zeit entfalten in Oberschlesien die extremen nationalistischen Elemente eine heftige Agitation gegen die Autonomie, die feinerzeit zu den Versprechungen bei der Abkündigungskampagne gehörte. Da aber die polnische Regierung die Autonomie Oberschlesiens auf Grund des Ermächtigungsgesetzes kaum anfechten wird, und da der Sejm auch nicht ohne weiteres bereit sein dürfte, den Wünschen der Agitatoren nachzugeben, wäre es falsch, wenn man die politische Bedeutung der nationalistischen Agitation überhöhen wollte. Die übrigens gemeldet wird, beginnt die Bewegung schon wieder anzulauen.

#### \* (Wetter und Watenstand im Kreise.)

Nachdem die Witterung im Juli in Bezug auf die Polarmutterte die denkbar schlechteste war, bestand die Hoffnung, daß ein anhaltend trockenes Wetter im August zum Teil noch die Wasserteile ausgleichen würde. Diese Hoffnung hat sich bisher leider nur zum geringen Teil erfüllt. Nachdem bereits bei den Gewittern in der vorigen Woche wieder starke Regenmengen über unserem Kreise niedergegangen waren, brachte der Montag dieser Woche wieder neue Strömung für schwere Niederschläge. Dadurch bleiben alle lausenben Gebirgsarbeiten in der Wirtschaft fast zurück. Roggen, Weizen und Gerste werden nach dem ungenügenden Wetter wohl kaum noch zwei Drittel einer normalen Ernteernte liefern. Bisher hier und da vorgenommene Notausbrände zeitigen durchschnittlich nur halben Ertrag. Der Hafer, der eine zeitlang ganz vorzüglich stand, hat neuerdings sehr gelitten und auch hier dürfte den Landwirt eine schwere Enttäuschung erwarten. Die Kartoffeln verbleichen sich zusehends weiter. Auf schwerem Boden ist mit einer Mindernte zu rechnen, auf leichtem Boden werden die Erträge kaum das Mittelmaß erreichen. Bedenklich steht es mit den Zuckerrüben usw. Zusammenfassend muß leider festgestellt werden, daß der Ausfall an Broterzeugnis und an Kartoffeln in seinen Ausmaßen gerade sehr bedauerlich ist, daß mit einem starken Ansehen der Preise für Brot und Kartoffeln gerechnet werden muß und damit wird das Leben der ärmeren Bevölkerungsklasse und der Arbeitslosen noch trostloser, deren Hoffnung, sich etwas an warmen Kleidungsstücken und Schuhen für den Winter zu beschaffen, immer mehr dahinschwindet.

#### \* (Der Gesundheitszustand Dr. Glonds.)

Erkrankt Dr. Glond, Primas von Polen, der in Lublin erkrankt ist, kann schon für einige Stunden das Bett verlassen. Die Rädt. Dr. Glonds nach Rattowitz ist für Ende dieses Monats vorgezogen. Sein Aufenthalt in Rattowitz wird nur wenige Tage dauern. Danach begibt sich der Primas zur vollständigen Genesung nach Krupka. Für jeden Fall werden die Abschließendsterblichkeiten an unbestimmte Zeit verschoben, was die spätere Ankunft des neuen Schiffsanweisung betreffen wird.



